

**Martin Zimmek: Integrationsprozesse in Lateinamerika.** Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion (ZEI Discussion Paper C 153/2005) erläutert die Entstehung des Zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA) und der Andengemeinschaft (CAN) und beleuchtet die aktuelle Entwicklung der Regionalisierungsprozesse. Neben der Analyse der internen Fortschritte und Hindernisse auf dem Weg zu einer tieferen Integration werden die Beziehungen der Organisationen zu den USA und der EU diskutiert.

**Andreas Marchetti (Hg.): Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade** (ZEI Discussion Paper C 154/2005). Ausgehend von einer Evaluierung der ersten zehn Jahre des Barcelona-Prozesses, der im November 1995 initiiert wurde, thematisieren die in diesem Discussion Paper veröffentlichten Artikel vor allem die zukünftigen Herausforderungen für die europäische Mittelmeerpolitik. Neben den Perspektiven eines einheitlichen Konzepts für die gesamte Region („Greater Middle East“) widmen sich die Beiträge in fächerübergreifender Weise der innen- und außenpolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Dimension der Mittelmeerpartnerschaft und leisten damit einen Beitrag zur Formulierung weiter führender Ansätze vermittels konkreter Policy-Empfehlungen.

**Ludger Kühnhardt: Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The interests of the European Union** (ZEI Discussion Paper C 152/2005) beleuchtet die Schwierigkeiten eines möglichen nordostasiatischen Regionalisierungsprozesses und weist die EU auf die Notwendigkeit hin, eine authentische politische Strategie für die Region zu entwerfen und somit ihrem Anspruch, globaler Partner in Nordost- bzw. Ostasien zu sein, gerecht zu werden. Wesentliche Ursachen für eine momentane „Regionalisierung ohne Regionalismus“ in Nordostasien liegen im gegenseitigen politischen Misstrauen, dem Festhalten an klassischen Prinzipien asiatischer Großmachtspolitik und fundamental verschiedenen politischen Kulturen. Eine Transformation der EU-Politik gegenüber den ASEAN+3 Partnern ermöglichte die Erweiterung des außenpolitischen Horizonts der EU und läge darüber hinaus in ihrem inhärenten sicherheitspolitischen Interesse.

**Geert-Hinrich Ahrens: Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine - Die schwierige Mission der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter** (August 2004 bis Januar 2005) (ZEI Discussion Paper C 151/2005): Das vom Leiter der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtungskommission zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine Dr. Geert-Hinrich Ahrens, Botschafter a.D. und ZEI Senior Fellow, verfasste Discussion Paper kommentiert und beleuchtet Ereignisse, Herausforderungen und Probleme der Präsidentschaftswahlen und ihrer Beobachtung in der Ukraine von August 2004 bis Januar 2005. Den Wahlkampf prägten inner-ukrainische Propaganda und Versuche internationale Einflussnahme. Die ODIHR-Wahlbeobachtung, deren Neutralität es zu behaupten galt, wies auf erhebliche Problemlagen in der Wahlpraxis hin, betonte aber auch die erstaunliche demokratische Reife der ukrainischen Zivilgesellschaft.

**Siebo M. H. Janssen: Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU?** (ZEI Discussion Paper C 150/2005) untersucht die Frage, inwieweit der belgische Föderalismus als Modell für eine föderal strukturierte EU Vorbildcharakter haben könnte. Der Autor geht dabei von den historischen und politischen Entwicklungen seit der Festlegung der Sprachgrenze in Belgien im Jahre 1962 aus und endet mit den Lambertmontverträgen im Jahre 2001. Neben einer Darstellung der historischen Entwicklung untersucht der Autor auch die politischen Implikationen, die mit der Umwandlung Belgiens von einem zentralistischen Einheitsstaat zum föderalen Mehrebenensystem einhergingen. Abschließend untersucht der Autor die Frage inwieweit Belgien eine positive Vorbildfunktion für eine föderal strukturierte EU haben könnte. Im Ergebnis wird dies verneint, da die belgische Entwicklung einerseits auf spezifischen historischen Erfahrungen beruht und andererseits auch die Gefahr der schleichenden „Ethnisierung“ nicht verkannt werden sollte.

**Matti Wiberg: New Winners and Old Losers. A Priori Voting Power in the EU25** (ZEI Discussion Paper C 149/2005) analysiert die Entwicklung der Abstimmungsstärken der EU-Mitgliedstaaten im Ministerrat von 1957-2004 unter Verwendung des standardisierten Penrose-Banzhaf-Indexes. Der Autor berücksichtigt dabei besonders die aktuelle Entwicklung und thematisiert sowohl die praktischen als auch politischen Konsequenzen aus den dargelegten Berechnungen.

**Jürgen Elvert: Zur gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union** (ZEI Discussion Paper C 148/2005) geht am Beispiel der bisherigen Konstitutionalisierungsschübe der Frage nach den dem europäischen Projekt zugrunde liegenden Konzepten nach. Elvert stellt dabei fest, dass im Laufe der Erweiterung zunehmend der ursprüngliche Grundkonsens der Sechsergemeinschaft in Frage gestellt wird, weshalb die Frage nach der finalité politique der Europäischen Union auch weiterhin unbeantwortet bleibt, wobei die vorhandenen Konzepte zwischen einem Europa als Freihandelszone und der EU als föderal strukturierte politische Gemeinschaft oszillieren.

**Erol Esen: Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei** (ZEI Discussion Paper C147/2005) legt die Ergebnisse einer Befragung zu den Strukturen der türkischen Kommunalverwaltung vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsperspektive vor. Besonderes Augenmerk legt der Verfasser auf die Einstellungen von höheren Verwaltungsbeamten zum Thema EU-Mitgliedschaft und der hierzu notwendigen Anpassungen.

**Franjo Štiblar: Preservation of National Identity and Interests in the Enlarged EU** (ZEI Discussion Paper C146/2005)

argumentiert, daß die EU bereits eine bestimmte Anzahl einheitlicher Werte, eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Erbe definiert habe; gleichzeitig respektiert die EU aber auch die Unterschiede in den Kulturen, Sprachen und Identitäten ihrer Mitgliedstaaten. Der Autor diskutiert diesen zunächst ambivalent erscheinenden Aspekt anhand der Ökonomie.

**Christian Arnold: La experiencia de la Unión Europea y sus anécdotas para la « Comunidad Andina de Naciones » (CAN)** (ZEI Discussion Paper C145/2005): Regionalisierung stellt einen idealen Weg zur Kontrolle in einer zunehmend globalisierten Welt dar. Arnold beleuchtet die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen zwei der größten und bedeutendsten Regionalisierungsprozesse, nämlich der EU und der CAN (Comunidad Andina de Naciones). Nachdem Arnold die Gründe für die Integration untersucht hat, vergleicht er beide supranationalen Organisationen anhand von drei Referenzpunkten: Souveränität, Sicherheit und Wohlstand. Zwar bietet Europa ein gutes Vorbild für andere Regionen, doch jede Region hat ihre eigenen Bedingungen und Probleme, die berücksichtigt werden müssen. Es reicht daher nicht aus, die Strukturen der EU einfach zu kopieren, schließlich sind die historischen und geographischen Bedingungen der CAN – ebenso wie die Partizipation von Eliten – zu unterschiedlich von der europäischen Erfahrung. Nur durch die Schaffung eines institutionellen Gefüges, das die Lösung spezifischer Probleme der Anden-Region (und nicht die der EU) ermöglicht, kann die CAN Erfolg haben.

**Hansjörg Eiff: Zum Problem des Kosovo Status** (ZEI Discussion Paper C144/2005): Die Entscheidung über den Kosovo-Status liegt seit dem Kosovo-Krieg im Frühjahr 1999 in formeller Hinsicht beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Allerdings tut sich die internationale Gemeinschaft im wesentlichen aus drei Gründen mit der Entscheidung über den endgültigen Status des Kosovo schwer. Erstens ist die Grunddisposition der beiden Konfliktparteien äußerst gegensätzlich. Zweitens besteht in der Kosovo-Frage eine zunehmende Diskrepanz zwischen der Realität und dem Völkerrecht und drittens wird die Regelung dadurch erschwert, daß die inneren Strukturen des Kosovo auch fünf Jahre nach Kriegsende nicht gefestigt sind und die wirtschaftliche Lage katastrophal ist. Vier mögliche Lösungen existieren: Kosovo als Teil Serbiens oder der Staatenunion Serbien und Montenegro, Kosovo als selbständiger Staat, Teilung des Kosovo und schließlich Teilung des Kosovo zwischen Serbien und Albanien. Eiff kommt zu dem Schluß, daß sich die Staatengemeinschaft nach Möglichkeit direkt für die Unabhängigkeit des Kosovo als Entwicklungsperspektive entscheiden sollte.

**Samuel Wells / Ludger Kühnhardt: The Crisis in Transatlantic Relations** (ZEI Discussion Paper C143/2005): Trotz der Bruchstellen und Auseinandersetzungen der letzten Jahre bleiben die transatlantischen Beziehungen weiterhin so wichtig wie eh und je. Die noch nicht lange zurückliegenden Dissonanzen dürfen keinesfalls überbewertet werden, schließlich sind die Gemeinsamkeiten größer als die Divergenzen. Dennoch müssen sich die Partner beiderseits des Atlantiks bewusst werden, dass die transatlantischen Beziehungen gerade heute stetiger Pflege bedürfen, schließlich ist die Beziehung nicht mehr die einzig mögliche, wie noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Diese Statements skizzieren die Ergebnisse des Woodrow Wilson European Alumni Meetings, das führende Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft vom 9. bis 11. September 2004 am Zentrum für Europäische Integrationsforschung zusammenführte, um gemeinsam über die aktuelle „Krise“ zu beraten. Während sich in der Diskussion die Überzeugung herauskristallisierte, dass die gemeinsamen Werte mit dem Ende des Kalten Krieges schwächer konturiert seien, waren die Teilnehmer darüber uneins, inwieweit die Regierungssysteme tatsächlich unterschiedlich seien. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit stellt weiterhin einen Eckstein aber auch gleichzeitig den am meisten unterschätzten Teil der wechselseitigen Beziehungen dar, wobei aber gerade die gelegentlichen Handelsstreitigkeiten zwischen den beiden wirtschaftlichen Riesen häufig hochstilisiert werden. Mit Blick auf Europas östliche Nachbarn haben beide Seiten, Europa wie USA, je eigene Vorstellungen von Sicherheit und Stabilität, können ihre Ziele aber nur mittels einer effektiven Zusammenarbeit in einem transatlantischen Rahmen erreichen. Amerika wird weithin als die kulturelle Vorhut in den Beziehungen gesehen, auch wenn diese Ansicht in Europa nicht unwidersprochen ist. Fest steht aber in jedem Falle, dass die beiden kulturellen Sphären aufeinander angewiesen sind. Die strategischen Kulturen Amerikas und Europas sind zwar unterschiedlich, doch muss diese Feststellung dadurch ergänzt werden, dass auch die europäischen Partner untereinander zum Teil sehr unterschiedliche Konzeptionen haben. Der Unterschied ist daher weniger in einem transatlantischen Kontext zu verorten, als vielmehr in einem europäischen. Letzten Endes haben aber sowohl Europa als auch Amerika die gleichen Sicherheitsbedürfnisse, die sie nur gemeinsam sicherstellen können.

**Ashkaan Rahimi: The Evolution of EU Asylum Policy** (ZEI Discussion Paper C142/2005): Europa, das im Inneren immer mehr Freizügigkeit gewährt, sah sich durch seine Entgrenzung dazu genötigt, Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang von Drittstaaten zur EU stärker zu regeln. Asylpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil von Einwanderungspolitik. Während die europäischen Staaten in einigen Bereichen große Teile ihrer Souveränität auf die europäische Ebene übertragen haben, stellt die Asylpolitik ein Gebiet dar, in dem sie weiterhin sehr auf die Wahrung nationaler Rechte bedacht sind. Das Discussion Paper verfolgt die Entwicklung von einem Flickenteppich nationaler Asylpolitiken hin zu den Anfängen eines europäischen Ansatzes, ein Prozeß, der bis in die 1970er Jahre zurückreicht und besonders mit den Schengener und Dubliner Abkommen Kontur gewonnen hat. Die Rolle supranationaler als auch intergouvernementaler Akteure in der Formulierung einer europäischen Asylpolitik werden zusätzlich untersucht. Hieraus werden Gründe für die an sich restriktive Asylpolitik vor dem Hintergrund der Erweiterung und des Politiktransfers auf neue EU-Mitglieder abgeleitet. Zum Abschluß stellt der Autor einige Empfehlungen zur noch jungen Gemeinsamen Asylpolitik zur Diskussion.

**Franz-Josef Meiers: Transatlantic Relations after the U.S. Elections: From Rift to Harmony?** (ZEI Discussion Paper C140/2004): Die zentrale These des Discussion Paper lautet, dass die transatlantischen Beziehungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts so wichtig wie während des Kalten Krieges sind. Die Vereinigten Staaten und Europa sehen sich mit neuen globalen Sicherheitsrisiken und Bedrohungen konfrontiert, die sie nur zusammen erfolgreich bewältigen können.

## ZEI mit weltweiter Ausstrahlungskraft

### „Deutschland denkt“

In seiner Funktion als deutsches Kulturportal in die Welt hat das Goethe-Institut seine Präsenz im Internet mit einem Webportal „[Deutschland denkt – Forschung und Gesellschaft](#)“ ergänzt. Es will damit allen Interessierten einen ersten Einblick in die Forschungstätigkeit in Deutschland geben und wendet sich dabei an einen weltweiten Interessentenkreis. Im Rahmen des Partnernetzwerkes des Goethe-Instituts findet das ZEI darin besondere Erwähnung als ein Forschungsinstitut mit weltweiter Ausstrahlung, das auf dem Gebiet der europäischen Integrationsforschung zu den führenden Einrichtungen in Deutschland gehört.

### „ESiA-Website erschienen“

Unter der Internetadresse <http://esia.asef.org> können ab sofort Informationen über das neu entstandene interdisziplinäre Netzwerk „European Studies in Asia“ abgerufen werden. Durch die Kooperation mit ESiA findet das ZEI somit weitere Verbreitung seiner Arbeit in Asien. ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt ist Mitglied des internationalen Beirats von ESiA.

## Wege aus der Krise

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages durch die Referenden in Frankreich und den Niederlanden leiteten turbulente Zeiten für die EU ein. Öffentliche Diskussionen um die Gemeinschaftswährung und das anschließende Scheitern des EU-Gipfels am 16. und 17. Juni stürzten die EU dann endgültig in eine ihrer schwersten Krisen. Der Ratifizierungsprozess zur EU-Verfassung ist in einigen Ländern zunächst ausgesetzt worden und auch in der schwierigen Frage der EU-Finanzierung konnte keine Einigung erzielt werden.

In diesen sehr ereignisreichen Wochen waren die Mitarbeiter des ZEI von den Medien äußerst gefragte Experten. Ihre Artikel, Analysen und Ausblicke in den diversen Stellungnahmen zur Lage der EU, sind im folgenden aufgelistet und stehen als Download zur Verfügung bereit:

- Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI, sieht in der aktuellen Krise der EU auch eine Chance zur Erneuerung des europäischen Integrationsprojektes. Sein Artikel („Die Chance der Krise“) ist erschienen im Rheinischen Merkur vom 23.6.2005.
- Frau Dr. Cordula Janowski, Programmleiterin "European Studies" und EU-Expertin am ZEI, analysierte im WDR-2 Morgenmagazin am 23.6.05 die Ziele der im Juli 05 beginnenden britischen Ratspräsidentschaft.
- Frau Dr. Cordula Janowski kommentierte auf n-tv am 17.6 und 18.6 die aktuellen Entwicklungen des Europäischen Gipfels von Brüssel.
- ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt hat in der Neuen Zürcher Zeitung vom 8.Juni 2005 zu der Frage nach möglichen Auswegen aus der Ratifikationskrise der Europäischen Verfassung Stellung genommen. Im folgenden die Langfassung seiner Überlegungen.
- Am 30. Mai kommentierte Frau Dr. Cordula Janowski in den Morgennachrichten auf n-tv das französische Votum. Jüngst veröffentlichte Frau Dr. Janowski ihre Untersuchung „[Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien. Legitimationsgarant der EU?](#)“.
- Den Ausgang des französischen Referendums kommentierte [Andreas Marchetti](#), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, in einem Telefoninterview für das WDR 2 Morgenmagazin sowie in „[Thema heute](#)“ der Deutschen Welle. Hauptgründe für das ablehnende Votum der Franzosen seien einerseits die Verquickung von innenpolitischen und europapolitischen Fragen sowie die mangelnde Kommunikation der Vorzüge des Verfassungsprojektes seitens dessen Befürworter gewesen. Zudem könne nicht erwartet werden, dass die Bürger eine positive Einstellung gegenüber Europa entwickelten, wenn allzu häufig auch innenpolitische Fehlentwicklungen „Brüssel“ angelastet würden.
- ZEI-Mitarbeiter Siebo Janssen erläuterte Hintergründe und gab mögliche Interpretationen zur niederländischen Entscheidung in „Informationen am Mittag“ des Deutschlandfunks sowie in der Sendung „der TAG“ des Fernsehsenders Phoenix. Bei der Entscheidung der Niederländer sei vor allem ein Zweckbündnis von Links- und Rechtspopulisten am Werke gewesen, das vermittels der Ängste der Bürger das Verfassungsprojekt torpediert habe.

## ZEI begleitet EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Die Problematik wechselseitiger Perzeptionen verlangt gemeinsame wissenschaftliche Arbeit, um die kulturelle Kohäsion zu stärken, die im Falle einer EU-Mitgliedschaft der Türkei erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund wollen das ZEI und das Europainstitut der Middle East Technical University in Ankara ihre Zusammenarbeit vertiefen und den Beitrittsprozeß zwischen der EU und der Türkei systematisch begleiten. Dieses Monitoring der im Oktober 2005 beginnenden Beitrittsverhandlungen fand seinen Anfang mit einem gemeinsamen Workshop am 13./14. Januar 2005 in Ankara. Unmittelbar nach dem Beschluß der Europäischen Union zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 17. Dezember 2004 diskutierten Wissenschaftler, Politikberater und Vertreter der türkischen Zivilgesellschaft die wechselseitigen Erfordernisse des Beitrittsprozesses, der weit in die zweite Dekade des Jahrhunderts reichen dürfte.

ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und der Direktor des Europainstituts der Middle East Technical University, Jean-Monnet-Professor Dr. Atila Eralp äußerten gemeinsam die Notwendigkeit, alle sensiblen Themen offen und vertrauensvoll auszuleuchten (inklusive der Frage der Reziprozität in der Ausübung der Religionsfreiheit, die Zypern-Problematik und die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen) und auf Skeptiker des EU-Beschlusses in besonderer Weise zuzugehen.

Nur so könne der Verhandlungsprozeß über die Abarbeitung der spezifischen Agenda des „acquis communautaire“ hinaus zum Aufbau einer vertrauensvollen politisch-psychologischen Basis zwischen allen EU-Bürgern und allen Türken führen, von denen derzeit auch ein Drittel das Beitrittsziel skeptisch beurteilt. Nachdem bereits mehrere graduate students der Middle East Technical University das European Masters Programm des ZEI absolviert haben, will die türkische Seite in den nächsten Jahren regelmäßig promovierte Wissenschaftler zu gemeinsamen Forschungen an das ZEI entsenden.

## ZEI Schriftenreihe - Neue Veröffentlichungen

Im Rahmen der Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung ist das Buch **"Die Europäische Verfassung. Analyse und Bewertung ihrer Strukturentscheidungen."** (Marcus Höreth/Cordula Janowski/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Nomos Band 65) erschienen:

Die Europäische Verfassung – lange ein Traum europäischer Föderalisten – könnte schon bald Realität werden. Trotz aller Hürden, die der am 29. Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs in Rom unterzeichnete „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ noch zu bewältigen hat – die EU wird hinter den wichtigen Reformen, die mit diesem Vertrag beschlossen wurden, nicht zurück bleiben können. Die Europäische Verfassung hat bereits vor ihrem Inkrafttreten eine neue Epoche eingeleitet.

In der Reihe Bücher des ZEI bei der NOMOS-Verlagsgesellschaft/Baden-Baden sind folgende neue Bände erschienen:

- Ludger Kühnhardt / Mamoru Takayama (Hrsg.): Menschenrechte, Kulturen und Gewalt. Ansätze einer interkulturellen Ethik, in Kooperation mit der Hermann und Marianne Straniak Stiftung. 2005, 474 S., 69 €, ISBN 3-8329-1038-7
- Cordula Agnes Janowski: Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien Legitimationsgarant der EU?, Band 66 der ZEI-Schriftenreihe, Baden-Baden 2005
- Tobias Schumacher: Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum. Zum Verhältnis von "Actor Capability" und EU-Mittelmeerpoltik, Band 63 der ZEI-Schriftenreihe, Baden-Baden 2005
- Ludger Kühnhardt: Erweiterung und Vertiefung. Die Europäische Union im Neubeginn, Band 62 der ZEI-Schriftenreihe, Baden-Baden 2005
- Johannes Beverungen: Elite Planning Organizations. Tradition, Charakteristika, Implikationen der Trilateral Commission, Band 61 der ZEI-Schriftenreihe, Baden-Baden 2004

## Offener Brief an die Regierungen der NATO- und EU-Staaten

Gemeinsam mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik hat ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt einen Offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU und der NATO verfasst. Der auf Initiative des "German Marshall Fund of the USA" zustandegekommene Brief warnt vor einem weiteren Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland.